

## **Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat**

### **betreffend Swisspeace: Baselland unterstützt Friedensförderung**

2022/550

vom 7. Mai 2024

#### **1. Ausgangslage**

Mit seinem Postulat hat Landrat Adil Koller den Regierungsrat im September 2022 aufgefordert, die Organisation Swisspeace «mit einem jährlichen Grundbetrag von CHF 200 000 zu unterstützen». Diese Mittel des Kantons Basel-Landschaft sollten es Swisspeace ermöglichen, «vermehrt ausserhalb von Projektaufträgen eigene Ideen in die Friedensförderung einzubringen», hiess es zur Begründung. Die Unterstützung solle mit einem «aktiven Auftreten» des Friedensforschungsinstituts im Kanton verbunden sein. Der Landrat hat den Vorstoss am 16. Februar 2023 mit 47 zu 31 Stimmen überwiesen.

Der Regierungsrat hatte bereits in seiner Stellungnahme zum Vorstoss dargelegt, dass «er einen Beitrag zur Friedensförderung durchaus als sinnvoll erachtet». Nach der Überweisung des Vorstosses hat er denn auch ein Verhandlungsmandat zur Aushandlung einer Leistungsvereinbarung erteilt. «Aufgrund der Finanzlage und weiterer Umstände» wurden dabei Leistungen im Umfang von CHF 100 000 pro Jahr anstelle der vom Postulat ursprünglich geforderten CHF 200 000 pro Jahr vereinbart. Diese Mittel wurden im Oktober 2023 seitens Regierungsrat bewilligt.

Der Beschluss über eine Ausgabe in dieser Höhe liege grundsätzlich in der Kompetenz der Regierung, heisst es in deren Bericht. Gleichzeitig liege es aber in der Kompetenz des Landrats, das Budget zu beschliessen. Tatsächlich ist der Landrat bei der Beratung des Budgets für das Jahr 2024 einem Budgetantrag gefolgt, welcher die Streichung der budgetierten CHF 100 000 für die Leistungsvereinbarung verlangte. «Dieser Entscheid», so heisst es weiter im Bericht, «bedeutete, dass eine der gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen für eine Ausgabe fehlt (Budgetkredit, vgl. § 33 Finanzhaushaltsgesetz) und somit die Ausgabe nicht vorgenommen werden kann». Folglich sei die Leistungsvereinbarung mit Swisspeace «hinfällig» geworden – sie wurde entsprechend aufgelöst.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen. Die Geschäftsleitung des Landrats hat die Vorlage am 7. März 2024 an die Justiz- und Sicherheitskommission überwiesen.

#### **2. Kommissionsberatung**

##### **2.1. Organisatorisches**

Die Kommission hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 15. April 2024 beraten, dies in Anwesenheit von Sicherheitsdirektorin Kathrin Schweizer und Angela Weirich, Generalsekretärin der Sicherheitsdirektion (SID). Raffael Kubalek, stv. Generalsekretär der SID, hat die Vorlage präsentiert.

##### **2.2. Eintreten**

Die Kommission ist stillschweigend auf die Vorlage eingetreten.

### **2.3. Detailberatung**

Mit dem Beschluss des Landrats vom Dezember 2023 wurde auch das Postulat gegenstandslos, wurde in der Kommission festgehalten. Die Kommission hatte dem Bericht bzw. den Ausführungen des Referenten darum keine weiteren Bemerkungen hinzu zu fügen.

### **3. Beschluss der Kommission**

://: Die Kommission beschliesst mit 13:0 Stimmen, das Postulat abzuschreiben.

07.05.2024 / gs

### **Justiz- und Sicherheitskommission**

Dominique Erhart, Präsident

### **Beilagen**

keine